KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 283 - 32. Jahrgang
JANUAR 2024
Spendenbeitrag 50 Cent

DIE FANTASTISCHEN FÜNF

Am 9. Dezember bestimmte der Kreisverband Rostock seine Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen, die im Juni 2024 stattfinden werden.

Anders als bei den vergangenen Wahlen wird es nicht eine Spitzenkandidatin für die ganze Stadt geben, sondern ein „Spitzenkollektiv“ aus fünf Leuten, die im jeweiligen Wahlbereich an der Spitze der Kandidatenliste stehen werden.

Im Wahlbereich 1 (Heide, Warnemünde, Groß Klein, Lichtenhagen) ist dies Lisa Kranig. Die Lehrerin und Vorsitzende des Kulturausschusses hat sich einen Namen als kompetente und engagierte Ansprechpartnerin für die Rostocker Kulturschaffenden gemacht. Im Wahlbereich 2 (Schmarl, Lütten Klein, Evershagen) tritt Christian Albrecht als Spitzenkandidat an. Der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende hat in den vergangenen Jahren in der Bürgerschaft diplomatisches Geschick und Durchsetzungsvermögen bewiesen. Sport, Jugend und Jugendbeteiligung sind seine fachlichen Schwerpunkte. Er betonte das kollektive Miteinander in der Fraktion und will die zu erwartenden Konflikte in der Stadtpolitik sachlich und lösungsorientiert angehen.

Robert Kröger wurde zum Spitzenkandidaten im Wahlbereich 3 (Reutershagen, Südstadt, Hansaviertel, Gartenstadt/Stadtweide) gewählt. Der Anwalt und Vorsitzende des Landesverbandes der Gartenfreunde möchte die Sorgen der Menschen aufnehmen und vermittelnd wirken. Im Wahlbereich 4 (KTV, Stadtmitte) steht unsere Co-Kreisvorsitzende Nurgül Senli an der Spitze unserer Liste. Die Gewerkschaftssekretärin (EVG) betonte die Notwendigkeit eines starken Staates. In den vergangenen Jahren hat die stv. Fraktionsvorsitzende gelernt, „sich mit den Großen anzulegen“, z.B. im Streit um die BUGA. Eine weitere profilierte Gewerkschafterin wurde zur Spitzenkandidatin im Wahlbereich 5 (Brinckmansdorf, Dierkow, Toitenwinkel) gewählt: Jutta Reinders. Jutta macht Politik mit viel Engagement und Herz, kann zwischen den politischen Fronten moderieren, und ist eine gute Netzwerkerin.

Fortsetzung auf S. 3

BÜRGERGELD-PLÄNE EINES SOZIALDEMOKRATEN NICHT WÜRDIG

Die Reformpläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zum Bürgergeld werden von der Partei Die Linke scharf kritisiert. Dazu erklärt der Vorsitzende der Partei Die Linke, Martin Schirdewan:

»Der Vorschlag zur Kürzung des Bürgergeldes ist eines sozialdemokratischen Arbeitsministers nicht würdig. Heils Vorschlag, die Sanktionen gegen Bezieher des Bürgergeldes massiv zu verschärfen, ist schäbig. Die SPD bricht damit in Rekordzeit die Versprechen des Kanzlers und Parteitagsbeschlüsse, dass es in der Haushaltskrise keinen Sozialabbau geben wird. Niedrigere Sozialleistungen führen auch zu niedrigeren Löhnen. Damit fallen die Sozialdemokraten Armutsbetroffenen und Lohnabhängigen in den Rücken.

Dabei ist der angebliche Sparzwang selbst produziert, denn die Bundesregierung will weder die Investitionsbremse lösen, noch ist sie bereit, Reiche und Vermögende stärker zu besteuern. Mit einer Vermögensabgabe für die ganz Reichen wären überhaupt keine Kürzungen nötig und die notwendigen Investitionen möglich. Ich fordere eine einmalige Abgabe einer Vermögensabgabe, die die oberen 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung belastet. Dabei geht es um Menschen mit einem privaten Nettovermögen (Vermögen abzüglich Verbindlichkeiten) von zwei Millionen Euro bzw. fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen. Damit könnten langfristig rund 310 Milliarden Euro eingenommen werden.«

In dieser Ausgabe

Seite 2: Verfassungsfeinde
Seite 3: Kommunalwahlen
Seite 4-6: Aus der Bürgerschaft
Seite 6: Nachrufe
Seite 7: AG Senioren
Seite 8: Aus dem Landtag

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
ein frohes und gesundes Neues Jahr wünschen wir Euch. Was wird uns das Jahr 2024 bringen? „Es ist kalt hier“, kommentierte jüngst Petra Pau die deutsche Gemütslage. Die Wut wächst, die politischen Sitten verrohen. Was machen wir als Die Linke?
Es ist leicht, den Stimmungen in der Bevölkerung hinterherzulaufen und jedes Ressentiment gegen die da oben und die da unten zu bedienen – in der Hoffnung, dass ein paar Wählerstimmen bei uns hängenbleiben. So macht es die neue Wagenknecht-Partei und man staunt, wie tief manche Ex-Genossen gesunken sind.
Es ist schwieriger, Haltung zu zeigen und zu seinen Überzeugungen zu stehen, wenn einem der kalte Wind ins Gesicht schneidet. Aber es lohnt sich, und sei es nur, weil man noch in den Spiegel schauen kann, ohne sich schämen zu müssen. Lasst uns vor den Kommunal- und Europawahlen im Juni für eine starke Linke kämpfen. Dabei werden uns einige Neumitglieder unterstützen. Seid herzlich willkommen!
Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin

AKTUELLES

Keine Kürzungen bei Landwirtinnen und Landwirten

Zum geplanten Ende der Steuervergünstigungen für Landwirtinnen und Landwirte erklärt der agrarpolitische Sprecher der Linksfraktion, *Dirk Bruhn*:
„Die Einsparpläne der Ampelregierung beim Agrardiesel und der Kfz-Steuer sind für viele Landwirtinnen und Landwirte existenzbedrohend. Die wegen des Preisdrucks ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe würde sich noch weiter verschärfen. Die Streichungen können nicht einfach auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden, entsprechend negative Auswirkungen sind bei den Einkommen zu erwarten. Der Protest der Bäuerinnen und Bauern ist berechtigt – sie sind nicht bereit, den Haushalt-Murks der Ampel auszubaden.
Die geplanten Streichungen gefährden darüber hinaus den sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der dringend erforderlich ist. Dieser ist nur gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten zu schaffen – gegen sie funktioniert er nicht. Zeitpunkt sowie Art und Weise der Ankündigung zerstören weiter Vertrauen in die Politik – und spielen antidemokratischen Kräften in die Hände.
Einmal mehr rächt sich das sture Festhalten an der Schuldenbremse, die in Wirklichkeit eine Investitionsbremse ist, in ihrer jetzigen Form ein Hemmschuh für Fortschritt und Entwicklung.“

AKTUELLES

Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst konsequent entgegentreten

Zum Antrag „Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst konsequent entgegentreten“ erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Michael Noetzel***:*

„Im gesamten Bundesgebiet wird es inzwischen als erforderlich erachtet, die Bemühungen zu verstärken, um Beamtinnen und Beamte, die durch eindeutige rassistische, antisemitische, homophobe oder sonstige menschenverachtende und die Demokratie verachtende Äußerungen und Handlungen in Erscheinung treten, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Hintergrund sind häufig Chatverläufe, die ein entsprechendes Weltbild offenbaren. Aber auch konkrete Handlungen leisten dem Eindruck Vorschub, dass einzelne Beamtinnen und Beamte ihre berufliche Position nutzen, um elementare Grundwerte des demokratischen Rechtsstaates zu bekämpfen und vermeintliche politische Gegnerinnen und Gegner zu bedrohen oder zu gefährden.

Sowohl die Strafverfolgungsbehörden als auch die Disziplinarstellen stehen häufig vor dem Problem, nicht mit der gebotenen Konsequenz gegen solche Tendenzen vorgehen zu können. In der Folge verbleiben offenkundige Verfassungsfeinde bei vollen Bezügen unverhältnismäßig lange im öffentlichen Dienst. Das ist nicht hinzunehmen – insbesondere zum Schutz der weit überwiegenden Mehrzahl der Beamtinnen und Beamten, die fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung steht und das demokratische Gemeinwesen fördert und stärkt.

Deshalb soll das Landesdisziplinargesetz so geändert werden, dass Beamtinnen und Beamte bei entsprechenden schwerwiegenden Verstößen per Verfügung – und nicht wie bisher nach einem langwierigen Gerichtsverfahren – aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden können. Notwendig erscheint zudem, das Strafgesetzbuch zu ergänzen, damit das Versenden und Teilen von entsprechenden Inhalten über private Kommunikationsmittel, die bei entsprechender Öffentlichkeitswirkung den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen würden, künftig als Straftat im Amt gelten.“

AUF ZUR KOMMUNALWAHL

Fortsetzung von S. 1

Zwei parteilose Kandidatinnen werden für uns antreten. Ina-Maria Fahnings Motivation ist die Sorge vor dem Verfall der Demokratie. Die 43-Jährige leitet das Sozialamt im Landkreis Rostock. Doreen Hartwig (46) arbeitet als stv. Stationsleiterin bei Avia. Sie engagierte sich lange Zeit im Stadtelternrat und war u.a. stv. Vorsitzende des Landeselternrates. Sie tritt in Schulfragen für eine Politik auf Augenhöhe ein und befürwortet die konsequente Kommunalisierung von Schulessen und Schulreinigung.

Die Delegierten folgten dem Vorschlag des Kreisvorstandes zu 100 Prozent, auch Kampfkandidaturen gab es nicht. Nicht alle Kandidaturen waren jedoch vom Kreisvorstand, der im Vorfeld bestimmte Kriterien (z.B. Unterstützung des Wahlprogramms) formuliert hatte, berücksichtigt worden. Vielleicht werden wir den ein oder anderen Nichtberücksichtigten bald wiedersehen, nämlich für die neue Wagenknecht-Partei. Im Dezember gab es in unserem Kreisverband ein paar Austritte. Die entstandenen Lücken müssen wir im Wahlkampf schließen, aber das schaffen wir!

Herzlich verabschiedet wurden unsere langjährigen Abgeordneten Regine Lück, Andreas Engelmann und Wolfgang Nitzsche. Sie haben jahrzehntelang die Arbeit der Fraktion geprägt. Dafür sei ihnen herzlich gedankt!

Carsten Penzlin, Fotos: Martin Raspe

	Wahlbereich 1			Wahlbereich 2	
Listenplatz	**Name**	**Vorname**		**Name**	**Vorname**
1	Kranig	Lisa	1	Albrecht	Christian
2	Penzlin, Dr.	Carsten	2	Reinders	Jutta
3	Senli	Nurgül	3	Richter	Fiona
4	Hildebrandt	Sven	4	Schneider	Michael
5	Schröder	Kristin	5	Hartwig	Doreen
6	Bothur	Helge	6	Kröger	Robert
7	Reinders	Jutta	7	Kranig	Lisa
8	Schneider	Michael	8	Hildebrandt	Sven
9	Knoll	Claudia	9	Tannhäuser	Monique
10	Smolka	Sandro	10	Rohde	Sebastian
11	Tannhäuser	Monique	11	Schröder	Kristin
12	Albrecht	Christian	12	Schulz	Falko
13	Hartwig	Doreen	13	Senli	Nurgül
14	Hentschel	Maximilian	14	Hentschel	Maximilian

Wahlbereich 3			Wahlbereich 4			Wahlbereich 5	
Name	**Vorname**		**Name**	**Vorname**		**Name**	**Vorname**
Kröger	Robert	1	Senli	Nurgül	1	Reinders	Jutta
Schröder	Kristin	2	Möller	Hannes	2	Bothur	Helge
Tannhäuser	Monique	3	Fahning	Ina-Maria	3	Hartwig	Doreen
Lesch	Matthias	4	Noetzel	Michael	4	Schulz	Falko
Fahning	Ina-Maria	5	Tannhäuser	Monique	5	Schröder	Kristin
Richert	Julius	6	Penzlin, Dr.	Carsten	6	Baumert, Dr.	Felix
Senli	Nurgül	7	Kranig	Lisa	7	Senli	Nurgül
Rohde	Sebastian	8	Baumert, Dr.	Felix	8	Albrecht	Christian
Kranig	Lisa	9	Richter	Fiona	9	Fahning	Ina-Maria
Albrecht	Christian	10	Brickenkamp	Eckhard	10	Kröger	Robert
Richter	Fiona	11	Schröder	Kristin	11	Knoll	Claudia
Noetzel	Michael	12	Richert	Julius	12	Brickenkamp	Eckhard
Knoll	Claudia	13	Reinders	Jutta	13	Tannhäuser	Monique
Möller	Hannes	14	Smolka	Sandro	14	Richert	Julius

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTS-SITZUNG AM 6. DEZEMBER

Zur letzten Versammlung des Jahres trafen sich die Mitglieder der Rostocker Bürgerschaft am 6.12.23 zu einer siebenstündigen Marathonsitzung. Die Bürgerschaft ist mit 42 Anwesenden bei 53 besetzten gesetzlichen Mandaten beschlussfähig. Unsere Oberbürgermeisterin war aufgrund Ihrer Erkrankung entschuldigt.

Nach der Klärung der Regularien sprach Frau Lück einen Dank an Burkhard Seidel und seine Kolleginnen und Kollegen aus. Herr Seidel vom Internetradio Warnow Rostock beging an diesem Tag ein Jubiläum. Seit 10 Jahren übertragen Sie die Sitzungen der Bürgerschaft in Kooperation mit den NB-Radiotreff. So war es den Bürgern lange vor der Einführung des Internet-Livestreams möglich, Diskussionen und Entscheidungen der Bürgerschaft mitzuverfolgen. Nachhören kann man dies auf der Seite www.rueck-spiegel.de. Auch gab es eine Dankeschön-Video der Mitglieder des PSV Rostock zur Entscheidung der Bürgerschaft zum Erhalt der Arenahalle. Auch der Stadtsportbund sieht diese Entscheidung als eine gute Initiative. Im Anschluss fuhr die Präsidentin mit der Tagesordnung fort.

Das Kleingartenentwicklungskonzept

Bevor das Kleingartenentwicklungskonzept (kurz KEK) mit seinen 18 Änderungsanträgen diskutiert wird, gab es einen Antrag auf Anhörung. Herr Schreiter, Vorsitzender des Verbandes der Gartenfreunde e.V. durfte Stellung zu der Frage der Bürgerschaft nehmen: Wie stehen Sie und die Kleingärtner zu dieser Beschlussvorlage und welche Auswirkungen befürchten Sie? Herr Schreiter bedankte sich zunächst bei der Bürgerschaft. Als Kleingärtner hatten sie viele Möglichkeiten gehabt sich an der Erarbeitung des Konzeptes zu beteiligen und haben versucht ihre Wünsche und Forderungen einzubringen. Dies ist aus seiner Sicht nicht immer gelungen. So wurden die Schwerpunkte vom Amt für Stadtgrün gesetzt. Dies ließ Ängste wachsen, dass der Flächennutzungsplan der Stadt im Widerspruch zu den Anliegen der Kleingärtner im Konzept stehen könnte. So nannte er die Ausweisung von Suchräumen und die Benennung von überversorgten Stadtteilen. Kernforderung ist für Ihn, die Erhaltung der Kleingärten mit einer Festschreibung der zu erhaltenen Parzellen wichtig. In seiner Argumentation berief er sich auf die Bewirtschaftung der Grünflächen, welche ohne sie nach seinen Angaben der Stadt 10 Mio. Euro pro Jahr kosten würde. Daher hoffe er auf eine gute Diskussion.

Die Senatorin Frau Fischer-Gäde sprach im Anschluss und nannte, dass das Konzept Grüne Welle die Entwicklung und den Schutz der Kleingärten im Fokus hat. Das Ziel sei, den 155 Vereinen der Stadt und damit den 14.935 Kleingartenparzellen Planungssicherheit zu geben. Rostock liege bundesweit auf Platz eins in der Versorgung von Kleingärten pro Einwohner. Und so soll es, nach der Aussage von Senatorin Fischer-Gäde, auch bleiben. Neu in diesem Konzept ist die Garantie von Ersatz, welche verbindlich für die Stadt formuliert ist. Was Peinlichkeiten wie der Grote Pohl in Zukunft vermeiden soll. Auch unterstützt das Konzept die Neuschaffung eines Kleingartenbeirates. Sie warb um breite Zustimmung für das Konzept.

Grundlegend kann man sagen, dass die Bürgerschaft das Vorhalten von Kleingärten als integrativen Bestandteil moderner Stadtentwicklung ansieht. Kurz: Alle Fraktionen wollen das KEK, fordern aber Änderungen. Das KEK spricht sich angesichts der konkurrierenden Nutzungen, auf der sehr begrenzten Fläche der Stadt, durch Wohnen, Gewerbe, ÖPNV-Entwicklung u.a. im Einzelfall für die Inanspruchnahme von einzelnen Kleingartenparzellen aus. Wegfallende Parzellen sind entsprechend der Erläuterungen zu den Erhaltungsstufen zu kompensieren. Die Inanspruchnahme ganzer Kleingartenanlagen ist aber ausgeschlossen. Die Kompensation ist vor der Inanspruchnahme durch die Stadt zu klären bzw. festzulegen. Die finanziellen Aufwendungen der Kompensation werden durch die Stadt oder den Investor getragen. Dazu wurde beschlossen, dass die Bürgerschaft wieder einen Kleingartenbeirat einrichtet. Neben Vertretern der Bürgerschaft und des Verbands der Gartenfreunde e.V. Hansestadt Rostock sollen auch Vertreter der Kleingartenvereine im Beirat vertreten sein. Zu den Aufgaben dieses Kleingartenbeirates gehören u.a. Zustimmung zur Verwendung von Mitteln aus dem Kleingartenfonds, ähnlich dem Verfahren der Ortsbeiratsbudgets und die Informationen über und Zustimmung zu Planungen, Prüfungen etc. der Stadtverwaltung zur Inanspruchnahme von Kleingartenparzellen.

Robert Kröger sprach für unsere Fraktion. Er betonte nochmal die Wichtigkeit der Kleingärten. Ihm sei es wichtig, dass diese in die Stadtentwicklung einbezogen werden. Dazu nannte er fünf Punkte: Es gibt keine Verschlechterung des Status quo. Keine Pachtverträge werden durch das Konzept berührt. Und die Vereine können weiterhin selbstständig über ihre Flächen entscheiden und können nicht angewiesen werden etwas zu tun oder zu lassen. Auch wird erstmals eine Mindestversorgung der Bürger mit Kleingärten festgesetzt. Das Verhältnis soll dann 1 Kleingarten pro 7 Geschosswohnungen sein. Die dazu eingeplanten Mittel von jährlich 100.000 € können dann genutzt werden, um verwahrloste Parzellen wieder für den Verkauf herzurichten.

Chris Günther (CDU) sprach in ihrer Gegenrede darüber, dass das Kleingartenentwicklungskonzept den Stand von 2021 hat und damit in ihren Augen veraltet ist. Auch wäre die Stadt aus der Sicht der CDU nicht in der Lage den Kleingärten einen besseren Schutz zu bieten, als er jetzt schon besteht. Letztendlich wollen sie nicht ein Konzept beschließen, was den Stand von 2021 hat.

Nach eineinhalb Stunden Diskussion werden die meisten der 18 Änderungsanträge mit der Mehrheit von Linke, SPD und Grünen angenommen. Anträge der Opposition

wurden abgelehnt.

Streit um Wohnbebauung in Toitenwinkel

Ein Investor plant, auf einer Fläche zwischen Marienroggenweg und dem Wohngebiet Hafenbahnweg in Toitenwinkel Wohnungen zu bauen. Die Fläche war bisher für eine Photovoltaikanlage reserviert, welche aber nie umgesetzt wurde. Der Ortsbeirat Toitenwinkel befürwortet daher das Vorhaben, weil es dringend benötigten Wohnraum für Rostock schaffen würde.

Die Rostocker Bürgerschaft hat eine Mehrheit für den Antrag auf Wohnbebauung geschaffen. Damit wurde der Widerspruch der Stadtverwaltung überstimmt, die die Fläche für hafenaffine Industrie- und Gewerbebetriebe sichern wollte. Sie argumentierte, dass die Fläche in der Nähe des Seehafens liegt, der für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle spielt. Die Fläche sollte daher als Vorranggebiet für hafenaffine Industrie- und Gewerbebetriebe im Regionalen Raumentwicklungsprogramm gesichert werden. Außerdem warnte die Verwaltung vor möglichen Lärmbelästigungen durch den Hafenbetrieb, die eine Wohnbebauung beeinträchtigen könnten.

Mit dem positiven Beschluss der Bürgerschaft ist der Weg für die Wohnbebauung in Toitenwinkel frei. Die Stadtverwaltung muss die Änderung des Flächennutzungsplans vornehmen.

Antrag zu Sonntagsöffnung

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Ladenöffnungszeiten in der Rostocker Innenstadt zu erweitern und zu flexibilisieren zielt darauf ab, den lokalen Einzelhandel zu stärken, die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen und den Wettbewerb mit dem Online-Handel zu verbessern.

Chris Günther von der CDU-Fraktion verteidigte den Antrag. Sie betonte die Bedeutung des Einzelhandels für die Stadt und die Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und den Strukturwandel. Sie schlägt vor, die Sonntagsöffnungszeiten auf acht pro Jahr zu erhöhen, die Sperrstunde von 20 auf 22 Uhr zu verlängern und die Befreiung von der Sperrstunde für bestimmte Anlässe zu ermöglichen. Die Hauptargumentation beruhte darauf, dass dies die Kaufkraft in der Innenstadt binden, die Kundenfrequenz erhöhen und die Lebensqualität steigern würde.

Nurgül Senli lehnt den Antrag in Ihrer Gegenrede ab. Als Gewerkschaftssekretärin kritisierte sie den Antrag als unsozial, unwirtschaftlich und unökologisch. Sie verwies auf die Interessen und Bedürfnisse der Beschäftigten im Einzelhandel, die unter längeren und flexibleren Arbeitszeiten leiden würden. Auch bezweifelte sie, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten zu mehr Umsatz führen würde, sondern laut mehrerer Studien nur zu einer Umsatzverlagerung. Sie hob die Stärken des Einzelhandels, nämlich Beratung, Service und Qualität hervor und sprach sich gegen "permanente Erreichbarkeit" aus. Dabei verweist auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2009, das besondere Sachgründe für die Sonntagsöffnung verlangt, die weder im wirtschaftlichen noch im Shoppinginteresse der Kunden liegen. Daher schlug sie vor, die bestehenden einkaufsoffenen Sonntage besser zu nutzen und zu bewerben, um einen Eventcharakter zu schaffen

Die Mitglieder der Bürgerschaft lehnten eine Ausweitung der Sonntagsöffnungszeiten ab.

Prüfauftrag zur Belebung des Einzelhandels

Der nächste Prüfauftrag kam wieder von der CDU, wurde aber mit Änderungsanträgen der Grünen, SPD und Linken versehen. Nach langer Diskussion wird die Oberbürgermeisterin nun beauftragt, umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Einzelhandels in der Rostocker Innenstadt zu entwickeln. Diese Maßnahmen sollen eine Reihe von Ideen und Initiativen berücksichtigen: Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock soll aktiv und ordentlich im "City-Kreis Rostock e.V." Mitglied werden, um den Verein zu unterstützen und die Innenstadt zu fördern. Zusätzlich soll die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung des Vereins geprüft werden. Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wurde gefordert. Es soll eine Weiterentwicklung der verkehrlichen Infrastruktur stattfinden, um eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Menschen zu gewährleisten und die Attraktivität der Innenstadt sowie die Aufenthaltsqualität weiter zu fördern. Hierbei sollen insbesondere eine gute Anbindung an P+R-Stellplätze, Schließfächer für das Zwischenlagern von Einkäufen und der Ausbau von E-Ladestationen für Kraftfahrzeuge und E-Bikes geprüft werden. Auch sollen Begegnungs- und Verweilräume mit familiärem Charakter geschaffen werden, um die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Beispiele hierfür sind der Neue Markt oder der Bereich um die Wallanlagen.

In Zusammenarbeit mit der WIRO soll die Mietsituation der Einzelhändler in den Liegenschaften der WIRO analysiert und entsprechende Anpassungen zugunsten der Einzelhändler vorgenommen werden. Darüber hinaus sollen lukrative Mietangebote für Neumieter von gewerblichen Flächen in der Innenstadt (KTV + Stadtmitte) entwickelt werden. Des weiteren sollen mindestens zwei Jahresveranstaltungen in der Langen Straße zur Belebung und Bewerbung der Innenstadt durchgeführt werden. Hierbei sollen neben den ansässigen Gewerbetreibenden auch unterschiedliche kommunale und private Akteure sowie der "City-Kreis Rostock e.V." eingebunden werden. Und zu guter Letzt, soll ein "Rostocker Cityday" zur Belebung und Bewerbung der Rostocker Innenstadt etabliert werden. Dabei sollen in Kooperation mit öffentlichen und privaten Partnern besondere Veranstaltungen und Maßnahmen durchgeführt werden. So können beispielsweise an diesem Tag die öffentlichen Parkgebühren um die Hälfte reduziert werden.

Der Prüfauftrag wurde angenommen. Ein Ergebnis soll im Juni 2024 vorliegen.

Verzicht auf Erbbaurechte für Grundstücksverkauf

Der Neubau des Theaters wird eine Menge Geld kosten. Je mehr Zeit vergeht, desto teurer wird der Neubau. Daher hat die Bürgerschaft beschlossen, auf die Vergabe von Erbbaurechten für ausgewählte 18 Liegenschaften zu verzichten, die zum Verkauf angeboten werden sollen, um den Eigenmittelanteil für den Neubau des Volkstheaters zu finanzieren.

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5
Das Erbbaurecht ist ein besonderes Recht, das es einer Person, dem Erbbauberechtigten, ermöglicht, ein Bauwerk auf einem Grundstück zu errichten oder zu unterhalten, das nicht ihr gehört. Dieses Grundstück bleibt im Eigentum der Stadt, die das Erbbaurecht gewährt. Der Erbbauberechtigte wird nur Eigentümer des Bauwerks, nicht des Grundstücks. Für dieses Recht zahlt der Erbbauberechtigte einen regelmäßigen Erbbauzins an den Eigentümer des Grundstücks.
Es ist die Möglichkeit für Städte und Gemeinden, die Kontrolle über ihr Land zu behalten und gleichzeitig die Entwicklung zu fördern. Dies soll nun aufgehoben werden, um den Verkauf von Flächen der Stadt attraktiver zu machen. Um dann mit dem Geld den Theaterneubau zu finanzieren. Es ist aber wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Flächen jetzt nicht auf Druck sofort veräußert werden, sondern die Möglichkeit geschaffen wird, dies bei Bedarf zu tun.
Die Verwaltung hat eine Liste mit 18 Standorten von potentiellen Grundstükken und Liegenschaften erstellt, die einen Gesamtverkaufserlös von schätzungsweise 120 Mio. € haben. Die Liegenschaften werden in drei Kategorien eingeteilt, je nach ihrem geschätzten Wert. Kategorie I: geschätzter Wert bis zu 1 Mio. EUR pro Objekt, Kategorie II: geschätzter Wert über 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR pro Objekt und Kategorie III: geschätzter Wert über 5 Mio. EUR pro Objekt.
Über diese Beschlussvorlagen stimmte die Bürgerschaft nun ab. Zu der Beschlussvorlage wurden 32 Änderungsanträge von Fraktionen und Ortsbeiräten eingereicht, die teilweise bestätigt wurden. Die Bürgerschaft hat die Beschlussvorlage mit einigen Änderungen angenommen. Die Abstimmung erfolgte nach den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlags.
Die Liegenschaft Nummer 6 (Verwaltungsgebäude Schillingallee 71) soll vorzugsweise in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Hierzu soll die Liegenschaft der Universitätsmedizin Rostock, dem Studierendenwerk Rostock-Wismar und der Parkhaus Gesellschaft Rostock GmbH zum Kauf angeboten werden. Für das Objekt „14 - ehemaliges Best Western Hanse Hotel, Parkstr. 51 - 53, 18119 Rostock“ wird festgelegt, dass mit einer Beschlussvorlage zum Verkauf des Objekts eine nachvollziehbare Darstellung vorzulegen ist, dass das Objekt nicht mehr für die Unterbringung Geflüchteter o. ä. Zwecke benötigt wird.
Bei der Liegenschaft Nummer 15 (jetziger Theaterstandort, Patriotischer Weg 33) ist eine Konzeptvergabe durchzuführen. Hierbei ist auf der einen Seite eine adäquate Lösung für die angespannte Wohn- und Parkplatzsituation in der KTV zu finden, z. B. durch eine Quartiersgarage. Auf der anderen Seite muss auch in Zukunft sichergestellt sein, dass die kulturelle und geschichtliche Bedeutung des ehemaligen Gebäudes und seiner Umgebung als früheres Volkshaus Philharmonie und Wirkstätte der Arbeiterbewegung, sowie als ehemaliges Volkstheater erlebbar gemacht wird. Dies ist am ehesten möglich, wenn ein öffentlicher Zugang weitestgehend ermöglicht wird.
Die Liegenschaften Nummer 17 (Petersdorfer Straße) und 18 (Güterverkehrszentrum MV Hanseatenstr.) sind zuerst der Rostock Port GmbH zum Kauf anzubieten.
Sämtliche Liegenschaften, die sich für eine Bebauung mit mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern eignen, sollen zeitnah zuerst den regionalen Wohnungsgenossenschaften und der WIRO zum Kauf angeboten werden. Der Verkauf erfolgt unter der Maßgabe, dass ein angemessener Anteil an sozialem Wohnraum auf den Liegenschaften zu errichten ist.
Bei allen Flächen, bei denen es sich nicht um Gewerbeflächen handelt, ist im Kaufvertrag festzuschreiben, dass eine Bebauung des Grundstücks innerhalb von 7 Jahren nach dem Kauf zu gewährleisten ist. Eine Weiterveräußerung des Grundstücks ohne Bebauung ist ohne Zustimmung der Stadt unzulässig. Anderenfalls fällt das Grundstück zum ursprünglichen Kaufpreis oder zum Marktwert an die Stadt zurück.

Das waren die Highlights der letzten siebenstündigen Bürgerschaftssitzung im Jahr 2023. Anträge und Beschlüsse der Bürgerschaft, könnt Ihr jederzeit im Internet unter ksd.rostock.de nachlesen.
Martin Raspe

NACHRUFE

Nachruf für Genossen Dr. Klaus Schoppmeyer

Am 1. Dezember starb im Alter von 76 Jahren unser Genosse Dr. Klaus Schoppmeyer nach monatelangem Kampf mit einer heimtückischen Krebserkrankung. Klaus Schoppmeyer nahm nach dem Studium der Veterinärmedizin und der Promotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig eine Tätigkeit in einer Staatlichen Tierarztpraxis im damaligen Kreis Doberan auf. Er war mit Leib und Seele ein praktischer Tierarzt, bekannt, anerkannt und beliebt wegen seiner großen Fachkompetenz. Im Jahre 1988 wurde er als Stellvertreter des Bezirkstierarztes zuständig für die Bekämpfung von Tierseuchen. Nach der politischen Wende eröffnete er gemeinsam mit seiner Frau Maria eine private Tierarztpraxis in Retschow, betreute weiterhin landwirtschaftliche Großtiere, aber auch Haus- und Heimtiere und führte die Fleischbeschau von Wildtieren im Kreis Doberan/Rostock durch. Seine große Leidenschaft gehörte der Jagd, er beteiligte sich auch an der Ausbildung von Jägern sowie Jagdhunden. Entsprechend seiner linken politischen Überzeugung kandidierte er bei Wahlen für die PDS bzw. LINKE, so 1990 für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und später als Bürgermeister der Gemeinde Retschow. In dem Ehrenamt als Bürgermeister erzielte er dank seiner Ideen und Durchsetzungskraft traumhafte Wahlergebnisse von mehr als 90 % der Wählerstimmen. Klaus Schoppmeyer war ein kluger, kritischer, streitbarer, meinungsstarker, überzeugter und überzeugender Begleiter und Berater der Kommunal- und Landespolitik unserer Partei. Er wird seiner Frau Maria, den Kindern und Enkeln, aber auch der LINKEN sehr fehlen. *Wolfgang Methling*

Nachruf für Genossen Richard Luderfinger

Am 26.10.2023 starb im Alter von 86 Jahren unser Genosse Richard Luderfinger. Richard diente bis 1983 als Offizier in der Volksmarine der DDR, zuletzt als Kapitän zur See im Kommando der Volksmarine. Von 1984 bis 1990 wurden ihm Aufgaben im Diplomatischen Dienst der DDR übertragen. Diese führten ihn in die Botschaften der DDR in Algerien und Rumänien. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik verlor er sein Amt als Diplomat, blieb aber seiner linken politischen Gesinnung treu und engagierte sich in der PDS, später in der LINKEN. Ich erinnere mich gern an unser gemeinsames Engagement im neu gegründeten Europa Zentrum Rostock (wie auch Götz Kreuzer, Karl Georg Prehn und Fritz Tack), bevor das heute nicht mehr existierende Zentrum durch Wahlmanipulation von konservativen Kräften „gekapert“ wurde und wir aus Protest austraten. Richard Luderfinger war auf allen seinen gesellschaftlichen Aktionsfeldern freundlich ausgleichend, etwas zurückhaltend und diplomatisch vermittelnd zwischen Menschen und politischen Positionen tätig. Er war ein aktives Mitglied der Basisorganisation Lambrechtshagen, engagierte sich u.a. als Mitglied des Kreisseniorenbeirates Bad Doberan für Kultur, Bildung und Sport. Richard Luderfinger wird uns mit seiner klugen beratenden Art fehlen. Unser herzliches Beileid gilt seiner Ehefrau Gisela. *Wolfgang Methling*

TERMINE

WANN?	WAS?	WO?
Do., 1.2., 19 Uhr	Auf den Spuren der Seidenstraße in Zentralasien - Ein politischer Reisebericht (RLS)	Salon A Rebours Am Wendländer Schilde 5 18055 Rostock

ADVENT - ZEIT DER ERWARTUNGEN. AUCH FÜR DIE LAG SENIOR*INNENPOLITIK?

Rostock am Nikolaustag, dem 6. Dezember: Eine Vielzahl von Gästen tummelt sich in der Innenstadt auf dem Weihnachtsmarkt. Unweit davon arbeitet sich zeitgleich die LAG Senior*innenpolitik im Beratungsraum des KV an einer Tagesordnung ab. Nur ein halbes Dutzend Mitglieder haben sich zum Abschlusstreffen des Jahres zusammengefunden. Mehr als die Hälfte der LAG-Mitglieder ist durch Erkrankungen, medizinische Behandlungen, aber auch durch Reisevorhaben verhindert. So stehen die Chancen heute gut, den Zeitplan nicht zu überziehen.

Als Sprecher versuche ich beim Jahres-Rückblick die Beschränkung auf das Nötigste:

Über den Jahresverlauf konnte die LAG ihre Arbeitsfähigkeit sichern und wesentliche Aufgaben erfüllen. Mit Stellungnahmen reagierten wir auf bedenkliche Entwicklungen in und um die Partei gegenüber Vorständen und Abgeordneten. Als Seniorenorganisation vertraten wir DIE LINKE MV beim Landesseniorenbeirat als Kooperationspartner, sicherten die weitere aktive Mitarbeit zur Vorbereitung des nächsten Altenparlaments durch ein Mitglied im Organisationskomitee.

Mit der Teilnahme an der bundesweiten Senioren-Aktion anlässlich des Tages der älteren Menschen haben wir eine klare Position als LINKE in der Öffentlichkeit bezogen, was in dieser Zeit zunehmender Verunsicherung besonders wichtig war (s. auch Seniorenkurier MV 4/23). Bei allen noch verbesserungswürdigen Seiten unseres öffentlichen Auftretens war die Aktion am 5.10. für mich als Sprecher ein beglükkendes Erlebnis durch das kollektive Handeln unserer Mitglieder und Sympathisanten.

Die Gewinnung neuer Mitstreiter in den Kreisverbänden mit dem Ziel regionale Arbeitsgemeinschaften aufzubauen, bleibt eine noch zu lösende Aufgabe in den nächsten Monaten.

In unserer Diskussionsrunde zu den aktuellen politischen Problemen hören wir Teilnehmer der Berliner Friedens-Demo vom 25.11. und des „Was tun?“-Kongresses in Frankfurt/M.

Zu Recht hören wir auch kritische Bewertungen zum Augsburger Bundesparteitag. Offensichtlich ist die Suche nach dem besten Weg zum Demokratischen Sozialismus nicht abgeschlossen und kann es wohl nie sein. Doch erscheint mir die Partei DIE LINKE nach wie vor der Garant zu sein, mit dem ich mich gemeinsam mit meinen Genossinnen und Genossen für dieses Ziel einsetzen kann. Dazu braucht es in der Diskussion die Stimme der Generationen mit ihrer historischen Erfahrung, die in die Entscheidungen einfließen muss. Die LAG wird weiterarbeiten und sich an der inhaltlichen und organisatorischen Festigung und Stärkung der Partei beteiligen. Als notwendige Voraussetzung dafür bekräftigen wir, was an die erste Stelle unserer Forderungen gehört: Frieden!

Klaus Röber

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK VON JÜRGEN RIEDEL

Keine schreienden Farben!

Politik
die grelle Feindbilder kleckst
ist nur auf dem Papier demokratisch

Tabu brechende Frage

Steckt versteckt viel AfD
in CSU CDU FDP?

Der faule Schüler

Wozu gute Zensuren?
er merkt
wenn auch ohne Bock auf Politik:
manche Ministerinnen Minister
mit Titel und Kohle
trotz mangelhafter Leistung

Silber fern Silbenzahl

zweisilbiges Wort Armut
ist oft in Deutschland
ein fünfsilbiges Wort:
Niedriglohnsektor

AUS DEM LANDTAG

Aktive Arbeitsmarktpolitik statt rückwärtsgewandter Debatte beim Bürgergeld

Zu den Arbeitsmarktzahlen für Dezember erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Linksfraktion, *Henning Foerster*:
„Steigende Arbeitslosenzahlen zeigen, dass sich die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern aktuell schwierigen Herausforderungen stellen muss. Einflüsse wie anhaltend hohe Energie- und Rohstoffpreise sowie steigende Zinsen belasten die Unternehmen. Daher ist es angezeigt, auf zukunftsfähige Wirtschaftszweige zu setzen, Investitionen von Unternehmen zielgerichtet zu unterstützen und die Anstrengungen zur Ausschöpfung des Erwerbspotentials zu intensivieren.
Gerade in solchen Zeiten ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik von Bund und Land unerlässlich. Höhere Arbeitslosenzahlen erfordern zielgerichtete Qualifizierungs- und Vermittlungsaktivitäten. Zudem wird es für von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene schwerer, wieder Fuß am Arbeitsmarkt zu fassen. Daher ist es richtig, die Beschäftigungsgesellschaften im Land wieder finanziell zu unterstützen. Diese verfügen über jahrelange Erfahrungen und gute regionale Netzwerke zur Stabilisierung, Qualifizierung und Wiedereingliederung in Arbeit.
Vollkommen destruktiv ist hingegen der Überbietungswettbewerb um die Verschärfung von Sanktionen für Bürgergeldbeziehende. Hier wird die Debatte um eine sehr kleine Personengruppe künstlich aufgebauscht. Arbeitsminister Hubertus Heil will maximal 20 000 sogenannten Totalverweigerern unter den etwa 5,5 Mio. Bürgergeldbeziehenden deutschlandweit für 2 Monate das Bürgergeld streichen. Damit zeigt die Schmutzkampagne der CDU bereits Wirkung. Noch einen drauf setzt aktuell die CSU, die gar lebenslange Sanktionen für die genannte Gruppe fordert.
Wie sich all dies mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verträgt, bleibt offen. Letzteres hatte 2019 geurteilt, dass Sanktionen von mehr als 30 Prozent das grundgesetzlich garantierte Existenzminimum gefährden und somit unzulässig sind. Zudem ignoriert diese Sabotage am Sozialstaat die Expertise von Jobcentergeschäftsführungen und Wohlfahrtsverbänden. Diese verweisen darauf, dass die geforderten Totalsanktionen potenziell Menschen betreffen, die beispielsweise aufgrund psychischer Erkrankungen, Analphabetismus oder Suchtproblemen gar nicht vermittelbar seien.
Daher bleibt es dabei, diese Schmutzkampagne muss beendet werden. Die SPD im Bund sollte Kurs halten, statt auf den Kurs der Mitte-rechts-Opposition aus CDU/CSU und AfD einzuschwenken, bei den Schwächsten zu kürzen und den Jobcenterbeschäftigten schon wieder eine demotivierende Kehrtwende zuzumuten. Für eine erfolgreiche Beratung und Vermittlung braucht es stabile rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Sonst droht das von der Ampel zur größten Sozialreform seit Jahrzehnten erklärte Bürgergeld schon ein Jahr nach seiner Einführung zum Rohrkrepierer zu werden.“

Zum Jahresende blickt Henning Foerster *auf Erreichtes in „seinen“ Politikbereichen:*
„Eines der wichtigsten Vorhaben der rot-roten Koalition war ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz. Das haben wir nun auf den Weg gebracht und es kann sich sehen lassen. Künftig ist bei der Vergabe öffentlicher Aufträge von Land und Kommunen die Zahlung von Tariflöhnen der Maßstab. Wir wollen, dass die Beschäftigten von ihrem Lohn gut leben können. Dafür reicht es nicht, Appelle an die Unternehmen zu richten, hier muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Und das wird er künftig auch tun. Dort, wo es keine tarifliche Regelung gibt, greift als unterste Haltelinie der neue Vergabemindestlohn in Höhe von 13,50 Euro.
Die Einführung eines Betriebs- und Personalrätepreises war mir ein weiteres Herzensanliegen. Betriebsräte sind Profis für Mitbestimmung und gute Arbeit. Dort, wo es sie gibt, sind die Entgelte nachweislich höher, die Arbeitsbedingungen besser, die Arbeitsplätze sicherer und die Unternehmen wirtschaftlich erfolgreicher. Als professionelle Interessenvertreter kümmern sich Betriebsräte um familienfreundliche Arbeitszeiten, faire Arbeitsbedingungen sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Mit eigenen, oft innovativen Konzepten setzen sie Impulse für die Gestaltung zukunftssicherer Arbeitsplätze. Personalräte sind auch Anwälte der Beschäftigten. Ob Versetzungen, Einstellungen, Kündigungen, Arbeitsplatzgestaltung oder Arbeitszeit, stets achten sie darauf, dass Schutzgesetze, Tarifverträge und Vorschriften eingehalten werden. Ziel war und ist es, das Wirken und die Bedeutung von Betriebs- und Personalräten zu würdigen und bekannter zu machen. In diesem Jahr wurde ein solcher Preis erstmals verliehen. Damit fiel der Startschuss, für mehr Betriebs- und Personalräte zu werben und damit für mehr Mitbestimmung und gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern.
Ein wichtiger Schritt ist der rot- roten Koalition auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft gelungen. Sie hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten zu einer Schlüsselbranche für das Land entwickelt. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet in dieser Branche, jeder siebte Euro an Bruttowertschöpfung entsteht in der Gesundheitswirtschaft.
Einen großen Anteil an dieser erfolgreichen Entwicklung hat die BioCon Valley GmbH, die 2001 gegründet wurde. Ihre Strukturen mussten aus unserer Sicht gestärkt werden – und das haben wir geschafft. Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen und die BioCon Valley GmbH wird institutionell gefördert. Damit haben wir die Strukturen langfristig gesichert – für eine starke Gesundheitswirtschaft.“

Up un Dal

Gewinner: Unsere Neumitglieder. Ihr steht auf der richtigen Seite. Herzlich willkommen!
Verlierer: Die Spalter vom Liebknechtkreis

ZITAT

„Das individuelle Recht auf Asyl in der EU ist de facto tot. Dem stellen wir uns als inke entschieden entgegen.“ Fluchtpolitische Sprecher:innen der Linken

ZAHL DES MONATS

28 Linke Abgeordnete machen weiter sozialistische Politik im Bundestag.

LYRIK

In mir *(von Janina Niemann-Rich)*

Eisschmelze
Eiszeit
Noch

Jahreszeiten *(von Janina Niemann-Rich)*

Gedankenwinter
Einbahnstraße
Hoffnungssommer
Horizontnähe

Kalt *(von Janina Niemann-Rich)*

Stapfe ziellos durch ein Menschenmeer
leer der Blick
auf mich

Winterliebe *(von Janina Niemann-Rich)*

Sternenlicht
auf Schneeglöckchenwiese